Erschienen in: Konopka, Marek/Strecker, Bruno (Hrsg.): Deutsche Grammatik
- Regeln, Normen, Sprachgebrauch. – Berlin, New York: de Gruyter, 2009. S.
88-101. (Institut für Deutsche Sprache. Jahrbuch 2008),
<https://doi.org/10.1515/9783110217360.2.88>

THOMAS-MICHAEL SEIBERT

Rechtsnormen als Sprachnormen

Abstract

Rechtsnormen beruhen auf grammatischen und textverknüpfenden Sprachnormen, die Sachverhalte entscheidbar machen. Diese Normsprachkompetenz ist Teil der juristischen Ausbildung, des impliziten Praxiswissens in der Justiz und der expliziten Begründungen gegen Urteile. Der Beitrag beginnt mit einem Seitenblick auf den vorbildlich gegen Sprachnormen verstoßenden Richter Azdak aus dem Kaukasischen Kreidekreis, geht über zu einem Kasusmusterexemplar von André Jolles und veranschaulicht die Normsprachbestandteile an Beispielen aus höchstrichterlichen Entscheidungstexten.

Vorbemerkung

Gelegentlich fragt man, was Sprachnormen eigentlich leisten, wenn die Leistung nicht nur darin bestehen soll, eine Abstufung der schulischen Fähigkeiten und eine entsprechende Bildungsauselese zu bewirken. Es braucht einen Anstoß, um die Normativität der Sprache mit der Normativität des Rechts in Beziehung zu setzen und zu behaupten, dass die Ordnung des Rechts sich – vorsichtig formuliert – zum größeren Teil als Ordnung durch Sprache darstellt. Diesen Anstoß möchte ich geben. Eine Menge scheinbar bildungsbürgerlicher Sprachnormierungen von Sprechaktbezeichnungen, über den Gebrauch des Konjunktivs, von der Formation einer Geschichte bis zur Einbeziehung von Gründen – also Sprachnormen grammatischer wie textlicher Art dienen dazu, den Kampf ums Recht (Jhering 1874) darstellbar zu machen. Ohne indirekte Rede lässt sich über eine Kontroverse nicht berichten! Ich werde in der Folge eine Auswahl von Normen vorstellen, die in der deutschen Aufsatzübung einen Platz haben. Exekutiert werden diese Normen aber meist von Sprachteilhabern, die weder an Ausdruck noch an Aufsatz denken und oft auch keine genügende Übung darin haben. Das sind die Richter, Rechtsanwälte, Kanzleikräfte, Verwaltungs- oder Polizeibeamten, die in vollständigen Sätzen der deutschen Sprache eine Sache darstellen mit dem Ziel, etwas zu bewirken. Es handelt sich im weitesten Sinn um performative Sprachhandlungen, für deren Rechtsgehalt wir uns im Folgenden so wenig wie möglich interessieren. Ich zeige zehn sprachliche Oberflächen und stelle ihnen eine kursorische Einführung in Sprachmerkmale des Rechts voran.

1. Sprachnormativität als Sachlichkeit

Das rechtliche Normensystem beruht darauf, dass und wie Sätze in Texten zu einer Rechtssache verkettet werden (Müller/Christensen/Sokolowski 1997, S. 116–126). Das klingt nun sehr abstrakt. Bleiben wir deshalb konkret: Verfahren heißen im Justizsprachgebrauch „Sachen“. „In der Sache Meyer ./ Müller“ einen sog. „Schriftsatz“ einreichen heißt, diese Sache nach Anlass, Ziel und Umfang zu bestimmen. Ein Schriftsatz enthält einen Antrag oder begründet ihn, bestimmt also den Anlass (den Grund einer Klage), formuliert das Ziel (meist: Geld zu zahlen) oder dehnt die Sache textlich aus (indem der Grund näher dargestellt wird). Antrag wie Begründung steuern die Sprache der Darstellung, und damit entsteht ein erstes Ergebnis: die Rechtssache. Die Sprachnormen in Justiz und Verwaltung isolieren Sachen und bestimmen auf diese Weise, was „Sachlichkeit“ heißt. Sachlichkeit heißt beispielsweise, weder die Person des Richters noch das Aussehen der Beteiligten ohne weiteres zu thematisieren. Man sagt nicht – wie es Brecht den Richter Azdak sagen lässt – zur Zeugin: „Du gefällst dem Gerichtshof“ (Brecht 1968, S. 2082). Man fragt auch nicht – wie es der unsachliche Azdak (Brecht 1968, S. 2095) tut – „Der Gerichtshof wünscht zu wissen, was das Honorar des Anwalts ist“. Die Attraktivität der Person, ihr Geld und Vermögen sind in der Gerichtsszene zwar nicht ohne Belang, sollen aber doch in der Darstellung keine Rolle spielen. Darin besteht die rhetorische Kunst der Juristen, ihr Streben nach Sachlichkeit (Sobota 1990, S. 128f.). Durch Sachlichkeit wird nicht etwa Streit vermindert – im Gegenteil. Im Regime der Sachlichkeit lässt sich viel leichter widersprechen als in personalen Bindungen. Aber solche Sachlichkeit bereitet das Feld für Entscheidungen vor, denn Entscheidungen beruhen darauf, dass etwas präsentiert wird, was sich – weil es überschaubar und regelorientiert wirkt – auch entscheiden lässt. Man kann lernen, wie man das tut, und macht dann Erfahrungen in der besonderen Sprachform der Justiz. „Einstudiert“ heißt sie in Brechts Regieanweisung (Brecht 1968, S. 2095) und hört sich dann so an:

- (1) Als ich den Stall betrat, das neue Fohlen anzusehen, sagte der Knecht zu mir unaufgefordert: „Es ist heiß heute“ und legte mir die Hand auf die linke Brust. Ich sagte zu ihm: „Tu das nicht“, aber er fuhr fort, mich unsittlich zu betasten, was meinen Zorn erregte. Bevor ich seine sündhafte Absicht durchschauen konnte, trat er mir dann zu nahe. Es war geschehen, als mein Schwiegervater eintrat und mich irrtümlich mit den Füßen trat.

Eine solche Sachverhaltsdarstellung gilt normalerweise als gelungen. Sie enthält in vier Sätzen die notwendigen Merkmale für den Tatbestand der Vergewaltigung, und doch weiß jeder: Das war nicht alles! bzw. So war es am Ende doch nicht! Man muss – um den Sachverhalt wirklich zu erfassen – noch ganz andere Sachen fragen und ein Azdak sein, um die Vielfalt hinter der sprachlichen Einfalt aufzuspüren. Aber wenn wir bei der Sprachform bleiben, dann demonstriert (1) wie man eine Sache komponieren muss. Sie

besteht aus Gesagtem. Erst sagt der eine etwas, dann sagt die andere etwas, und sie teilt gleichzeitig mit, was sie will bzw. nicht will. Überraschung wird geschildert, und damit – so könnte man denken – ist es auch schon geschehen und der Tatbestand der Vergewaltigung erfüllt. Erst wenn der Azdak die Sache als Vorspiel zum Kaukasischen Kreidekreis vorführt, erkennt man, dass die restringierte Sprachform in die Irre führt – und dennoch: Reduktion (Seibert 1981, S. 107 f.) ist das übliche Mittel der gerichtsformigen Sprachdarstellung. Erst wenn man etwas reduziert hat, kann man es auch entscheiden, und für kleinteilige Sachverhalte bieten sich dann Entscheidungen an, die mit der dargestellten Sache fast selbstverständlich verbunden zu sein scheinen. Diese Meinungen beenden als Gerichtsspruch erst einmal den Streit und das Leben geht weiter. Das Recht in seiner Prozessform bietet dafür erwartbare, organisierte Abläufe an – „Programme“ in der Terminologie der Rechtssoziologie (Luhmann 1972, S. 88 f.) – und meine These lautet in einem Satz: Normen des Rechts versprachlichen die Welt unter der Perspektive ihrer Entscheidbarkeit, sie bilden eine Sprache der Entscheidbarkeit aus (Seibert 2004, S. 210 ff.). Die Basisnorm der rechtssprachlichen Sachlichkeit ist selbstbezüglich. Sie weist dazu an, mit Sätzen eine Sache darzustellen, und erklärt zur Sache, was mit den dargestellten Sätzen entschieden werden kann.

Ich widme mich also kurz dem Sprachprogramm des Rechtsbetriebs so, wie es sich an alltäglichen Verlautbarungen ablesen lässt, genauer: an richterlichen Begründungstexten. Das Ziel dieses Sprachprogramms besteht immer darin, einer Meinung Ausdruck zu geben. Das wird häufig vergessen, und man hält die praktischen Sätze des Rechtsbetriebs dann für die Sache selbst. Das sollen die Sätze aber nicht leisten. Sie sollen eine Meinung nur begründen. Mit Sätzen begründet zu entscheiden, ist die eigentliche Leistung des eingerichteten Rechtsbetriebs (Christensen/Kudlich 2001). Die Anforderungen für sachverhaltsbestimmende Schriftsätze richten sich auf eine narrative Grundlagenkompetenz: Man muss personalisiert, detailliert und sequentiell vortragen (Sauer 2002, S. 110), auf deutsch: zielgerichtet erzählen. Nach der Rechtsnorm des § 253 Zivilprozessordnung muss die Klageschrift enthalten: 1. die Bezeichnung der Parteien und des Gerichts; 2. die bestimmte Angabe des Gegenstandes und des Grundes des erhobenen Anspruchs, sowie einen bestimmten Antrag. Das Ziel jeder praktischen Rechtsgeschichte besteht darin, den Fall, der präsentiert wird, entscheiden zu können. Nur die Außenseiter des Rechts- und Literaturbetriebs haben davon bisher gesprochen, Wilhelm Schapp zum Beispiel mit dem frappanten Satz: „Die Geschichte steht für den Mann“ (Schapp 1985, S. 103). Das klingt einfach und ist es in oberflächlicher Weise auch. Rechtsgeschichten werden erzählt, weil der Erzähler seinen aktuellen und zukünftigen Hörern einen Vorfall präsentiert, der zu einer Stellungnahme zwingen soll. Die Stellung, die der Hörer beziehen soll, liegt wenigstens in einer Zustimmung zum Normappell der Geschichte. Denn ohne diesen basalen Normgehalt gibt es keinen Fall.

Der Fall ist das Komplement zur Norm, dementsprechend müssen allgemeine juristische Sprachnormen auch durchaus fallspezifisch angepasst und abgewandelt werden. Die Sprache für den Tatbestand der Vergewaltigung klingt anders als die für Verkehrsunfälle, aber gleichzeitig werden beide Bereiche vereint durch die allgemeinen Funktionen der Normsprache: Kürze, Entscheidungsorientierung und Sachlichkeit. Die Rechtsnorm muss dabei in eine gegliederte Textform überführt werden, in der es Satzteile für den Tatbestand, Teilsätze für die Meinungen darüber, Satzteile für die Antragstellung und schließlich ganze Sätze für das ausgesprochene Ergebnis – den Tenor – geben muss. Das ist das eigentliche Lernziel in einer juristischen Ausbildung (Struck 2002, S. 332 f.) und das Ziel jeder Rechtsberatung. Was jemand als ungerecht empfand, wovon jemand überzeugt war, was jemand sich vorstellte – das alles muss ein Text aus mehreren Sätzen mit einem definierten Ziel werden. Das ist schon psychologisch nicht ganz einfach, denn manche Gefühle haben keine definierten Ziele. Dass aus mehreren Sätzen ein Sachverhalt entstehen soll, ist manchmal nicht weniger schwierig, denn dieser Textteil dient dazu, die Entscheidung zu rechtfertigen. Deshalb lässt sich auch nicht alles jederzeit und in jeder Weise entscheiden, wenn die Entscheidung nicht nur in einem Wink oder in einem Augenzwinkern bestehen soll, sondern mit textlicher Begründung verbunden sein soll. Die Sprachnorm gegen Spruchwillkür geht modern dahin, den Sprecher (und Richter) zur Verkettung begründender Sätze in Texten zu veranlassen (Christensen/Kudlich 2001, S. 117). Die Möglichkeiten und Unterschiede der Verkettung möchte ich anhand der folgenden zehn Beispiele zur sprachlichen Formation der Sachverhaltsfeststellung deutlich machen.

2. Zehn Sprachnormaloberflächen

Ich gehe damit zur Darstellung sprachlicher Oberflächen über, von denen 9 aus wirklichen juristischen Texten stammen. Nur die erste ist literarische Fiktion, wenngleich durchaus wahrscheinliche Realität. Der ebenso politisch blinde wie sprachlich treffsichere Niederlandist André Jolles (1974, S. 72) hat den Fall als einfache literarische Grundform verstanden, die sich in zwei Sätze der Art fassen lässt:

- (2) Ein Taschendieb stiehlt mir im Gedränge der Großstadt meine Brieftasche, in der hundert Mark in kleinen Scheinen waren. Mit seiner Geliebten, der er von dem glücklichen Fang erzählt, teilt er seine Beute.

Unter der Sprachanleitung durch die Rechtsnorm der Hehlerei erkennt man sofort die Fallfrage, die natürlich heißt: Wird die Geliebte als Hehlerin bestraft? Die Frage, die Hruschka (1965) einst als Konstituenten des Falls ausgemacht hat, verlangt eine bestimmte Darstellungsweise, wenn sie nicht unbeantwortbar bleiben soll, und die Antwortmöglichkeit wird in der Kasus-Form von Jolles in den Nebensatz versteckt, der lautet: *der er von dem glücklichen Fang erzählt*. Ansonsten bliebe die Geschichte unentscheidbar. Ihr

fehlte – wie man rechtlich sagt – ein subjektives Tatbestandsmerkmal, das inzwischen jedenfalls teilweise durch den neuen Straftatbestand der Geldwäsche entbehrlich gemacht worden ist. Der Fall gibt dem Entscheidungsbedürfnis Stoff, und der Stoff stammt aus konstativen Aussagesätzen. Als Jurist benennt man die Dinge beim Namen und sagt, wie es ist – wie es „wirklich“ ist, ergänzen die Juristen gerne, denn sie beanspruchen Objektivität für ihre Aussagesätze. Eben darin liegt die Bedingung der Sachlichkeit. Da man die Sache gleichzeitig auch immer bestreiten kann, ist es unvermeidlich, wenn Aussagesätze verschiedener Juristen, die mit verschiedenen Meinungen aus unterschiedlichen Sprecherrollen tätig werden, sich widersprechen. Das rhetorische Theater der Sachlichkeit entsteht (Sobota 1990). Abgebildet wird es in der Sprache der Entscheidbarkeit aber nicht. Die Basismaxime: Stelle eine Sache sachlich dar – verpflichtet zwar dazu, auf die Meinungen und Behauptungen der anderen einzugehen, belässt der eigenen Sprechweise aber den Modus des indikativen Aussagesatzes. Es treten lediglich bestrittene Perspektiven dazu. Aussage und Perspektive sind nicht selten gefährlich verknüpft und werden mit Worten dargestellt, die sofort den Kanzleistil verraten, etwa so (OLG Saarbrücken, NJW Spezial 200, 539):

- (3) Der Kläger verunfallte mit seinem Fahrzeug. Er fuhr einen Metallpfosten um und das Fahrzeug blieb auf dem Pfosten stehen. Die Polizei beauftragte die Beklagte mit dem Abschleppen des Fahrzeugs. Der Kläger behauptet, dass bei der Bergung des Fahrzeugs weitere Schäden entstanden seien.

An dieser Kleingeschichte fällt zweierlei auf; zunächst einmal wie wenig auffällig – man ist versucht zu sagen: langweilig – die Geschichte erzählt wird. Man liest juristische Kernsätze, bestehend aus Subjekt, Prädikat, Objekt und ganz wenigen adverbialen Zusätzen. Drei Sätze machen die Geschichte aus, und erst der letzte vierte Satz lässt erahnen, wie sie sich zuspitzt und auf welches Problem sie zusteuert, ob nämlich weitere Schäden entstanden sind. Dafür reserviert die juristische Normsprache ein besonderes performatives Verb, das auffällt und einen wesentlichen Zug im Sprachnormierungsbetrieb anzeigt. Die justizielle Normsprache enthält besondere performative Verben wie *behaupten* oder *bestreiten* und kanonisiert deren Gebrauch. *behaupten* führt eine Tatsachenbeschreibung als bestritten ein. Dementsprechend kehrt *behaupten* wie in (3) in fast allen privatrechtlichen Urteilstexten wieder. Die *Behauptung* eröffnet den Zugang zur subjektiven Geschichte des Klägers. Die juristische Methodenlehre schließt dabei unmittelbar an Grammatik und Textlinguistik des Satzes S, für den *behaupten* als eine sprachliche Handlung eingeführt wird, „mit der ich einem Partner zu verstehen geben will, dass ich S für wahr halte“ (Heringer 1978, S. 143). Nur die Betonung wird verschoben. Der Behauptungssatz des Sachverhalts signalisiert unter Sprachnormperspektive, dass einstweilen nur der Kläger davon ausgeht, dass bei der Bergung Schäden entstanden seien. Die Beklagte bestreitet das, und also müsste dieser Umstand bewiesen werden.

Wird eine bestrittene Tatsachenbeschreibung durch welche anderen Texte auch immer bewiesen, heißen die Sätze, die das Ergebnis dann berichten, „Feststellungen“. Urteilsfeststellungen machen etwas Neues; sie fassen die Texte der Angeklagten, der Zeugen und Sachverständigen keineswegs nur zusammen und wiederholen, was man schon weiß, sie geben der Zusammenfassung vor allem den zielorientierten Gehalt, wie ihn der Berichtssatz eines Falls in der Konzeption von Jolles hat. Man stellt beispielsweise fest:

- (4) Der Beschwerdeführer, ein zur Tatzeit 30jähriger Student, hielt sich im September 1988 bei Bekannten in Mittelfranken auf, als dort das Nato-Herbstmanöver „Certain Challenge“ stattfand. Nach den Feststellungen des Amtsgerichts erlebte der Beschwerdeführer, der anerkannter Kriegsdienstverweigerer ist, dort erstmals ein großes Manöver. In der Nähe seines Aufenthaltsorts waren sieben bis zehn Kettenfahrzeuge der amerikanischen Armee in Stellung gebracht worden. Der Beschwerdeführer zeigte sich darüber bestürzt und schrieb auf ein Bettuch mit roter Farbe den Text: „A SOLDIER IS A MURDER“. Das Transparent befestigte er gegen 10.00 Uhr an einer Straßenkreuzung am Ortsrand. Gegen 12.00 Uhr fuhr dort ein Offizier der Bundeswehr, Oberstleutnant Ü., vorbei, der das Transparent bemerkte und die Polizei informierte. Polizeibeamte nahmen das Transparent gegen 14.00 Uhr ab. Oberstleutnant Ü. stellte gegen den Beschwerdeführer Strafantrag.

Das Amtsgericht hat den Beschwerdeführer wegen Beleidigung zu einer Geldstrafe verurteilt, die Landgericht und Bayrisches Oberstes Landgericht im Ergebnis bestätigt haben. Die Entscheidungen markieren die verschiebbare Grenze zwischen Sprachnormen und Rechtsnormen und veranschaulichen gleichzeitig, dass ein Fall stets ein Element aus einer Menge von Ereignissen mit vergleichbaren Problemen ist. Die Sätze aus (4) benutzt das Bundesverfassungsgericht (BVerfGE Bd. 93, S. 266) im Rahmen seiner eigenen Entscheidung über vier Verfassungsbeschwerden, in denen neben dem in (4) vorgestellten Studenten noch ein Oberstudienrat auftauchen (der in seiner Berufsschule eine Ausstellung von Karikaturen über die Bundeswehr organisiert hat), ein Leserbriefschreiber (der sich mit einem wegen des Satzes „Soldaten sind Mörder“ freigesprochenen Angeklagten solidarisch erklärt hat) und eine Flugblattverteilerin (die vor einem Informationsstand der Bundeswehr den Satz „Soldaten sind potentielle MÖRDER“ verbreitete). Anlässe, Umstände und Folgewirkungen der jeweiligen Situation waren unterschiedlich, unter der Geltung der Rechtsnorm der Beleidigung wurden sie dennoch sämtlich als gleich gelagerter Fall einer solchen Beleidigung aufgefasst – und vom Bundesverfassungsgericht im Ergebnis als geschützte Meinungsäußerung für nicht beleidigend oder jedenfalls nicht strafbar erklärt. Damit unterschiedliche Situationen als Ausdruck desselben Falls erscheinen, müssen sie sprachlich reduziert dargestellt werden. Fasse dich kurz – ist eine Rechts Sprachnorm, die gleiche Entscheidungen möglich macht.

Auch wenn man den Fall nur kurz beschreibt, so muss der Verfahrenszusammenhang doch jedenfalls dargestellt werden, nicht selten umfangreicher als der Fall. Der praktische normative Text zwingt nicht nur zur Bezugnahme

auf fremden Vortrag (was man aus § 277 Zivilprozessordnung entnehmen kann), er verlangt auch, dass getrennt wird zwischen dem, worüber gestritten wird, und jener auf diese Weise entstehenden gleichsam objektiven Welt. Aus der Norm des § 277 Zivilprozessordnung – die heißt: In der Klageerwiderung hat der Beklagte seine Verteidigungsmittel vorzubringen, soweit es nach der Prozesslage einer sorgfältigen und auf Förderung des Verfahrens bedachten Prozessführung entspricht –, aus dieser Norm folgt, dass der Teil der Welt, gegen den der Beklagte sich nicht verteidigen möchte, objektiv wird. Die Welt bleibt so, wie die Erwiderung sie stehen lässt. Deshalb muss jeder Sprecher in der Lage sein, den Inhalt fremden Vortrags wiederzugeben, und zwar kurz, zielorientiert und – versteht sich – im Modus des Konjunktivs, an dessen richtigem Gebrauch der Oberlandesgerichtsrat erkennbar war. Der erste Senat des Bundesverfassungsgerichts berichtet zu (4) über eine richterliche Begründung, mit der gleichzeitig sprachliche Tatsachen festgestellt werden:

- (5) Im Unterschied zur Vorinstanz hat das Landgericht das Vorbringen des Beschwerdeführers, er habe bewußt den Ausdruck „murder“ = Mord anstelle des Ausdrucks „murderer“ = Mörder verwendet, um die aktive und die passive Rolle des Soldaten als Täter und Opfer auszudrücken, als wahr angesehen. Der Beschwerdeführer, der undifferenziert jede Tötungshandlung von Soldaten als „Mord“ bezeichne, habe durch das Spruchband den am Manöver beteiligten Soldaten, namentlich den nahe seinem Aufenthaltsort in Stellung gegangenen US-Soldaten, und der Bevölkerung einen Denkanstoß geben wollen. Dem Beschwerdeführer sei aber bewußt gewesen, daß das englische Wort „murder“ = Mord wie das deutsche Wort „Mörder“ klinge und deshalb von Personen, die der englischen Sprache weniger mächtig seien als er, leicht verwechselt werden könne; ihm sei ferner bewußt gewesen, daß ein Mörder ein Schwerstkrimineller sei, der mit lebenslanger Freiheitsstrafe bedroht werde.

Die Sprachnorm, um die es in der geschilderten Gemengelage zwischen Tatsachen und Meinungen geht, lautet: Lege aus, du musst auslegen, du kannst nicht anders als einen möglichen Fehler zu rationalisieren. Denn pikanterweise äußerte sich der Angeklagte fehlerhaft. Er hat gegen die Norm verstoßen, korrekte lexikalische Ausdrücke zu benutzen. Es gibt in der englischen Sprache zwar das Wort *murder*, gemeint wird damit aber keine Person. Person ist hingegen *der Mörder*, der ganz ähnlich oder fast genauso klingt. Wie geht man damit um? Vielleicht handelt es sich um mangelhafte Beherrschung des Englischen – oder auch gerade nicht. Das Landgericht wählt die für den Angeklagten schlechteste Auslegungsvariante. Danach war diesem nicht nur der Sprachfehler bewusst, er wollte vielmehr die zwischensprachlichen Fehlerverständnisse auch noch bewusst ausnutzen, nämlich den deutschen „Mörder“ zum englisch-amerikanischen *murder* umetikettieren. Man sieht an diesem Beispiel, dass die rechtliche Normierung selbst noch von Sprachnormen Gebrauch macht und deren Inhalt – wie es in der Sprache der Kriminalsoziologie heißt – dem Sprachbenutzer „zuschreiben“ muss. Es wird zielgerichtet festgestellt, dass jemandem etwas bewusst ist.

Die Zielsetzung des praktischen Rechts, hier des Strafrechts, geht dahin, die Sache auf diese Weise entscheidbar zu machen. Das kann man tun, indem

man eine bestimmte innere Sprachnormvorstellung zur Tatsache erklärt, es geschieht aber fortlaufend auch dadurch, dass überhaupt Tatsachen und Meinungen unterschieden werden. Schon mit der sprachlichen Einführung als „Behauptung“ erklärt der juristische Autor, den behaupteten Inhalt zur mindestens möglichen Tatsache; bezeichnet er jemandes Vortrag mit „meint“ oder „ist der Auffassung, dass ...“, so handelt es sich nur um Meinungen der anderen. Die Unterscheidung von Auffassungen und Behauptungen oder von Fakten und Meinungen lässt sich auf philosophische Traditionen zurückführen, die in der Normativität juristischer Feststellungen aber nicht reflektiert werden. Danach ergibt sich aus dem Widerstreit der Rede, was als Tatsache gilt, und nur der bestrittene und nicht beweisbare Rest wird zum bloß Meinungsmäßigen erklärt. Wenn also die Äußerung nicht mit dem Sprechakt des Behauptens eingeführt wird, sondern mit einem anderen sprechaktbezeichnenden Verb, umgibt sie schon deshalb die Aura des im Ergebnis zu Verwerfenden. Es heißt beim Thüringer Oberlandesgericht (OLG-NL 2000, S. 251):

- (6) Der Kläger hat die Ansicht vertreten, bei dem durch das Kreisgericht Eisenach mit Beschluss vom 8.12.1992 angeordneten vorläufigen Verbot der Tierhaltung habe es sich um eine Maßnahme gehandelt, die nach § 2 des Gesetzes über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen (StrEG) entschädigungspflichtig sei. Aufgrund des rechtskräftigen Urteils des Amtsgerichts Eisenach vom 16.6.1995 stehe die Entschädigungspflicht auch dem Grunde nach fest.

Es ist nicht die sachliche Rechtsnorm, die uns mitteilt, dass der Kläger am Ende mit seiner Ansicht scheitern wird, es ist einfach schon die Einkleidung dieses Vortrags als „Ansicht“, von dem man ja auch sagen könnte: Bei dem durch das Kreisgericht Eisenach angeordneten Verbot der Tierhaltung hat es sich um eine Maßnahme gehandelt, die nach § 2 des Gesetzes über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen (StrEG) entschädigungspflichtig ist. Formuliert man indikativ, erscheint die Rechtsfolge aber als Normtatsache. Diesem Eindruck wird durch den Konjunktiv vorgebeugt. Konjunktivisch werden Normbehauptungen der Entscheidung durch das Gericht unterworfen und gewinnen auf diese Weise erst ihren Status als Rechtsfragen, für die es nach juristischem (wenn auch durchaus zweifelhaftem) Verständnis nur eine richtige Lösung gibt, nämlich die, die das (Ober-)Gericht weiß. Was das Gericht als – im Ergebnis nicht zutreffende – Ansicht einer Partei aussondern möchte, bezeichnet es als „Ansicht“ und berichtet darüber. Wer das liest, darf es von vornherein mit normativer Skepsis aufnehmen, und das ist wichtig, wenn man eine Entscheidung herbeiführen will.

Entscheidbarkeit wird durch Unterstellungen herbeigeführt. Hinter jedem Aussagesatz steckt eine Welt von Annahmen, verbunden mit der Geschichte eines teilweise sehr spezifischen, in seinen Unterstellungen alles andere als selbstverständlichen juristischen Diskurses. Ein beliebtes Feld der normativen Unterstellung vermeintlicher Tatsachen findet sich im Wettbewerbsrecht. Das OLG Hamburg (NJOZ 2007, S. 51) berichtet im Aussagesatz:

- (7) Der Referenzverbraucher weiß, dass jede Werbung es bezweckt, die Vorzüge des eigenen Produkts herauszustellen, um deren Absatz zu fördern. Allein aus der eigenen Anpreisung wird aber der Verbraucher nicht schlussfolgern, diese Eigenschaften fehlten bei anderen Konkurrenzprodukten.

Die abstrakte Rechtsnorm über sog. „unlauteren Wettbewerb“ kann man demgegenüber kaum verstehen. Sie muss durch kühne Annahmen über den Zustand der Welt ergänzt werden, und zum Objekt solcher Annahmen wird der in der wirklichen Welt nicht aufzufindende „Referenzverbraucher“ erklärt. Die Zuschreibung zu dem, was er wisse oder schlussfolgere, bestimmt im Ergebnis die Ausdrucksfreiheit in einem Werbetext, sprachlich muss es durch die Form eines nicht nur als wahrscheinlich, sondern als ganz sicher geglaubten Futur-Modals eingeführt werden. Das „wird ... nicht schlussfolgern“ bezeichnet keine zukünftigen Abläufe, sondern einen als ganz sicher empfundenen Verhaltensmodus, der so sicher erscheint, dass man den Konjunktiv vermeiden möchte.

Was jemand tun „wird“, ist durch normative Verknüpfung sprachlich mit dem verbunden, was er getan hat. Die Zeitformen werden zu Normfassungen, und zwar nicht dadurch, dass früher etwas anderes galt als heute oder morgen, sondern dadurch dass es eine Partei so vorgetragen hat. Für die Ausdrucksweise der Rechtsnorm gilt es dabei – was Anwälte professionell üben –, den Fall in der Manier zu erzählen, die man bei Jolles (1974) kennenlernen kann. Jedenfalls muss man ihn erzählen (Hoffmann 1980, S 41; 1997, S. 201). Den Charakter der Erzählung verfehlen Zahlen, Listen und Rechnungen, die an ihre Stelle treten. Das mag erstaunen, wenn man an die These der Sachlichkeit denkt und Entscheidbarkeit als Rechenverfahren versteht. Die Entscheidung ergeht aber sprachlich in vollständigen Sätzen, und eine nächste Sprachnorm aus dem Recht geht dahin, mit Sprache darzustellen und Zahlen erzählbar zu machen. Als Beleg dafür verweise ich auf eine Begründung des Bundesgerichtshofs (BGH, NZI 2007, S. 723), die lautet:

- (8) Nachdem die Beklagte den Bestand und die Fälligkeit der Forderungen bestritten hatte, hat der Kläger ohne Sachvortrag zu den einzelnen Forderungen eine neue Liste zu denselben Stichtagen vorgelegt (Anlage K 21 mit 104 Forderungen), die allerdings nunmehr zu teilweise weit abweichenden Zahlen gelangte, ohne dass dies erläutert worden wäre. Zudem hat er ein Konvolut von 214 Anlagen beigelegt, die die zugrunde liegenden Rechnungen darstellen sollten (Anlage K 22). Eine Zuordnung der Rechnungen zu den Nummern der Liste ist jedoch nicht erfolgt. Zwar kann anhand der Belegnummern (Rechnungsnummern), die in der Liste aufgeführt sind, nach passenden Rechnungen in dem Anlagenkonvolut gesucht werden. Diese sind teilweise (Firma M., Nrn. 8–65) in niederländisch verfasst. In dem Konvolut sind aber auch zahlreiche Rechnungen enthalten, die in der Liste nicht aufgeführt sind, etwa weitere Rechnungen derselben Gläubiger, Rechnungen anderer Gläubiger (z. B. von Rechtsanwälten) oder auch Gutschriften wegen defekter Ware etc. Der Kläger hat damit dem Gericht ein Konvolut von Belegen eingereicht, aus denen sich dieses sodann die passenden Unterlagen selbst zusammensuchen sollte.

Justizjuristen nennen das „unsubstantiiert“. Substantiiert muss nicht lang bedeuten, es muss nur die Substanz der möglichen Geschichte enthalten, und diese Substanz muss selbst formuliert werden, sie muss Form werden. Das Gericht wird – um den Modus des wirklichen Konjunktivs zu gebrauchen – sich die passenden Unterlagen nicht selbst zusammensuchen und die Fallgeschichte danach formulieren. Es will Sprachsubstanz, so dass die Norm dahinter lautet: Stelle eine Geschichte substantiiert dar!

Das gilt auch für die Positionen des Gerichts, die in der wirklichen Welt der Sprache nicht über den Texten schweben und sich nicht etwa mit der Wiedergabe des Gesetzes begnügen können. Das Gericht ist gehalten, seine Schlussfolgerungen mit dem Vortrag der Parteien zu verknüpfen, und es entstehen dann komplexe Zusammenfassungen mit eingeschobenen Schlüssen, wie sie das Kammergericht in Berlin in anderer Sache formuliert (NJOZ 2007, S. 3307):

- (9) Soweit die Beklagten wiederholt darauf verweisen, bei der Angabe des Überweisungsbetrags in den Besuchsberichten handle es sich nicht um eine konkrete, zusicherungsfähige Eigenschaft des finanzierten Objekts, die Zusicherung eines konkreten Mietertrags sei aber von der Klägerseite gar nicht behauptet worden, vermag der Senat dem gleichfalls nicht zu folgen. Es ist zwar zutreffend, dass nach der Rechtsprechung des BGH (BGHZ 169, 110) ein die Aufklärungspflicht der finanzierenden Bank auslösender Wissensvorsprung im Zusammenhang mit einer arglistigen Täuschung des Anlegers eine entsprechend konkrete, dem Beweis zugängliche Angabe des Vermittlers oder Verkäufers über das Anlageobjekt voraussetzt. Bei dem in den Besuchsberichten als Abbuchungsbetrag oder Mietüberweisung bezeichneten Betrag handelt es sich jedoch um eine solche konkrete Angabe über die vom Kläger erworbene Eigentumswohnung.

Die drei wiedergegebenen Sätze führen in das Kernstück der normativen Rechtssprache ein. Sie handeln nämlich von der argumentativen Konstruktion des Sachverhalts, die sich zwischen verschiedenen der Beteiligtenrolle nach bezeichneten Sprechern abspielt. Es kommen vor: der Kläger, die Beklagten und der Senat, das Gericht also, und die Kernfrage lautet: Wann täuscht eine Bank? Schon in die Frage ist eine unerhörte, für Bankinstitute anzügliche Unterstellung eingeflossen, die dahin geht, dass eine so verlässliche Einrichtung wie eine Bank überhaupt täuschen könnte. Muss sie das in dem Moment wissen, wo getäuscht wird? Soll der Augenblick der Täuschung hervorgehoben sein durch besondere sprachliche Merkmale? Schließlich: Wer ist überhaupt „die Bank“? Das Berliner Kammergericht, dessen Text hier zitiert wird, beantwortet keine dieser Fragen direkt. Wir erfahren aber, dass bei der Einwerbung von Darlehen für den Verkauf von Eigentumswohnungen „Besuchsberichte“ der Vertreter gefertigt worden sind mit „Überweisungsbeträgen“. Eben diese Beträge – so sieht es das Kammergericht – enthielten die Täuschung, denn sie vermittelten den Wohnungskäufern den unzutreffenden Eindruck, es sei jeden Monat mit Überweisungen zu rechnen.

Man bemerkt in diesem Zusammenhang, dass Verfahrensoperationen gegeneinander gestellt werden und das Gericht darauf eingeht. Die Beklagten

verweisen auf etwas, das Gericht räumt eine Tradition der Rechtsprechung ein, stellt dann aber doch etwas anderes fest. Das ist zeitgenössische Begründungspraxis und wird geadelt durch den Begriff der Argumentation. Mit diesem Fahnwort wird seit etwa dreißig Jahren der Charakter der Begründung verändert (Christensen/Kudlich 2001, S. 233 f.). Durfte man früher unter einer Begründung einen mit „weil“ oder „denn“ (letzteres sehr beliebt im alten Justizstil) anschließbaren Haupt- oder Nebensatz verstehen, so verlangt eine Argumentation heute, auf die berichteten Inhalte der beteiligten Textproduzenten einzugehen und mitzuteilen, warum und in welchem Umfang sie juristisch gewichtig („erheblich“) erscheinen. Dazu möchte ich ein Beispiel aus der Revisionsrechtsprechung in Strafsachen geben, das den Komplex der Argumentationsnormen eröffnet und anzeigt, in welche Richtung die gegenwärtigen Anforderungen der deutschen Normbegründungssprache gehen. Man verlangt von einem Text, dass Feststellungen, die in ihm enthalten sind, in die Begründung eingehen. Jede berichtete Tatsache soll für die möglichen Schlussfolgerungen eine Bedeutung haben. Das ist keineswegs immer der Fall. Häufig bemerkt man in normativen Texten Feststellungen, die gewissermaßen in der Luft hängen und aus denen nichts folgt. Der Bundesgerichtshof (NStZ-RR 1997, S. 173) lehrt dazu:

- (10) Des weiteren hat das Landgericht festgestellt, am Morgen des folgenden Tages seien beide Mädchen zur Schule gegangen; dabei habe die Beschwerdeführerin „dem Schulleiter W und dem Lehrer L pauschal von mehreren versuchten Vergewaltigungen (berichtet), die sie seitens ihres Stiefvaters seit Herbst 1994 erlitten habe“. Mit diesen Umständen setzt sich die Strafkammer an keiner Stelle des Urteils weiter auseinander.

Eingeführt wird in das weite Feld des Indizienschlusses und in die Anforderungen an eine Beweiswürdigung bei Freispruch. In der Begründung dieses Freispruchs wird ein Umstand festgestellt – dass nämlich jemand jemandem von einer Straftat erzählt – und man kann fragen: Warum geschah das? Eine mögliche, vielleicht unter der Geltung des Wahrheitsanspruchs fast unvermeidliche Folgerung könnte lauten: weil es so war. Die Erzählung an Dritte enthält Wahrheiten. Das muss nicht so sein. Wahrheit und Wahrhaftigkeit mögen transzendente Kommunikationsansprüche sein, in der Realität der ablaufenden Kommunikation kennt jeder Beobachter eine ganze Anzahl anderer möglicher Motive für Erzählungen: Geltungsbedürfnis, Fabulierlust, Widerspruchsgeist u.v.m. Aber damit muss man sich auseinandersetzen – heißt hier die Argumentationsnorm – und wenn man es tut, bemerkt man (möglicherweise), wie unwahrscheinlich es ist, dass ein Mädchen dem Lehrer aus Geltungsbedürfnis, Fabulierlust, Widerspruchsgeist o.ä. von Vergewaltigungen des Stiefvaters erzählt. Die Sprachnorm wird somit durchaus zu einem Wahrheitskatalysator. Folgt man ihr, wird man erkennen, was man zuvor nicht sehen oder hören mochte.

Ungefähr und von Meinungen und Einstellungen abhängig bleibt das zeitgenössische Argumentationstheater allemal. So wirkt es nicht selten erstaun-

lich, wie freizügig im Rechtsbereich Meinungen freigegeben werden, von denen man gleichzeitig begründungshalber behauptet, so wie dargestellt hätten sie aber nicht vertreten werden dürfen. Möglich bleibt jede Schlussfolgerung, sie wird im Durchgang durch argumentative Satzfolgen nur immer schwieriger und unwahrscheinlicher – was im Übrigen auch den Ausgang solcher Verfahren immer weniger vorhersehbar macht. Zum Beispiel hält der Bundesgerichtshof (NStZ 2000, S. 48) den folgenden Umstandszusammenhang konjunktivisch für zwar möglich, aber unwahrscheinlich:

- (11) Aus Rechtsgründen wäre es nicht zu beanstanden gewesen, wenn das Landgericht nach vollständiger und fehlerfreier Würdigung der erhobenen Beweise der Einlassung des Angeklagten nicht gefolgt wäre, die Angaben des Belastungszeugen Ki. zu den Vorgängen in der Nacht vom 4. zum 5.1.1996 für glaubwürdig erachtet und darauf seine Überzeugung von der Beteiligung des Angekl. am Rauschgiftgeschäft vom 4./5.1.1996 gestützt hätte. Die auch für Alibibehauptungen zu fordernde vollständige Erörterung von wesentlichen Beweisergebnissen hätte es aber notwendig gemacht, in die Abwägung einzubeziehen, dass nach den im Urteil wiedergegebenen Bekundungen der Zeugin A, einer Ärztin des St. Vincenz Krankenhauses in Limburg, der Angekl. am 5.1.1996 gegen 1 Uhr dort zur Behandlung gewesen sei und die durchgeführte Untersuchung „zwischen $\frac{1}{2}$ und maximal 1 Stunde gedauert“ habe. Damit ist nicht ohne weiteres die Feststellung vereinbar, er sei am 5.1.1996 gegen 2 Uhr von der Beschaffungsfahrt aus den Niederlanden nach Wetzlar zurückgekehrt.

Das Beispiel geht in die Einzelheiten des Konjunktivgebrauchs in der Revisionsrechtsprechung, wobei etwas geschieht, das nach der Basisnorm für richterliche Überzeugungen eigentlich nicht geschehen dürfte. Neuzeitlich ist die Überzeugung frei, weder an bestimmte Zeugenaussagen noch an Geständnisse gebunden. Sprachnormativ wird diese Freiheit aber eingeschränkt durch Darstellungszwänge, die aus widerstreitenden Behauptungen eine einheitliche Geschichte machen sollen. Die jeweils abweichende Version muss dann notwendig zur Lüge erklärt werden mit der Folge, dass nirgendwo so häufig und intensiv gelogen wird wie vor den auf Wahrheitsermittlung abgestellten Gerichtsorganen. Besonders lügenintensiv sind sog. „Alibibehauptungen“, mit denen zur gleichen Zeit ein anderer Ablauf mit derselben Person nahegelegt wird. Nur selten verträgt sich in einem solchen Fall die angenommene Richtigkeit der einen mit der gleichzeitigen Wahrheit der anderen Version. Dann ist das Alibi nicht zutreffend konstruiert worden. Im Normalfall soll – wie es das Beispiel lehrt – abgewogen werden, ob der Bericht einer Ärztin über die Dauer einer Behandlung verträglich sein kann mit der zeitlichen Darstellung eines Belastungszeugen. Da eine unbeteiligte Krankenhausärztin wohl kein Motiv haben dürfte, den Angeklagten zu begünstigen, muss man es bei der geforderten Abwägung also für möglich halten, dass der Belastungszeuge sich irrte oder am Ende bewusst eine falsche Zeit zu Protokoll gegeben hat – und das – denkt ein in Normalitätsfolien operierender Beobachter (Hoffmann 2001) – darf doch nicht sein. Wer sich in einem irrt, irrt sich auch im Ganzen. Mit der Konsistenznorm für Rechtsbegründungen ist also gleichzeitig eine Ergebnisregel verbunden, auch wenn von dieser wie von jeder

Regel „aus Rechtsgründen“ auch abgewichen werden kann. Man kann hier ausnahmsweise etwas anderes meinen, müsste dafür aber wieder einen Grund haben, und kehrt damit erneut in die juristische Satzschleife ein (Christensen/Kudlich 2001, S. 334).

Wir brechen an dieser Stelle die Beispielserörterung ab, auch wenn sie sich vielfältig fortsetzen lässt, und ich wiederhole die Eingangsthese: Normen des Rechts versprachlichen die Welt unter der Perspektive ihrer Entscheidbarkeit. Weil das so ist, werden Sprachnormen benötigt, die zusammengefasst lauten: Stelle Abläufe mit Tütern, Taten und Motiven dar; fasse den Ablauf kurz; gebrauche motivierte vollständige Sätze; stelle Perspektivendifferenz durch Konjunktivgebrauch dar, und schließlich: Wäge ab durch Perspektivendiskussion.

3. Literatur

- Ballweg, Ottmar (1996): Medium jeder Rhetorik ist die Meinung. In: *Jahrbuch für Rhetorik* 15. S. 137–144.
- Brecht, Bertolt (1967): *Gesammelte Werke*. 20 Bde. Frankfurt a. M. Bd. 5.
- Christensen, Ralph/Kudlich, Hans (2001): *Theorie richterlichen Begründens*. Berlin.
- Hoffmann, Ludger (1980): Zur Pragmatik von Erzählformen vor Gericht. In: Ehlich, Konrad (Hg.): *Erzählen im Alltag*. Frankfurt a. M. S. 28–60.
- Hoffmann, Ludger (1997): Fragen nach der Wirklichkeit. Der Beitrag der linguistischen Diskursanalyse. In: Frehsee, Detlev/Löschper, Gabi/Smaus, Gerlina (Hg.): *Konstruktion der Wirklichkeit durch Kriminalität und Strafe*. Baden-Baden. S. 200–220.
- Hoffmann, Ludger (2001): Rechtsdiskurse zwischen Normalität und Normativität. In: Haß-Zumkehr, Ulrike (Hg.): *Sprache und Recht*. Berlin. S. 80–99. Institut für deutsche Sprache Jahrbuch 2001.
- Heringer, Hans Jürgen (1978): *Wort für Wort. Interpretation und Grammatik*. Stuttgart.
- Hruschka, Joachim (1965): *Die Konstitution des Rechtsfalls. Studien zum Verhältnis von Tatsachenfeststellung und Rechtsanwendung*. Berlin.
- Jhering, Rudolph von (1874): *Der Kampf um's Recht*. In: Neudruck nach der 18. Aufl. 1913. Hg. v. Ermacora, Felix. Berlin 1992.
- Jolles, André (1974): *Einfache Formen*. 5. Aufl. Tübingen (1. Aufl. 1930).
- Luhmann, Niklas (1972): *Rechtssoziologie*. Reinbek.
- Müller, Friedrich/Christensen, Ralph/Sokolowski, Michael (1997): *Rechtstext und Textarbeit*. Berlin.
- Sauer, Christoph (2002): Vom Großen im Kleinen. Über kulturelle Ressourcen juristischer Interaktionen und Darstellungen. In: Haß-Zumkehr, Ulrike (Hg.): *Sprache und Recht*. Institut für deutsche Sprache Jahrbuch 2001. S. 100–118. (= Jahrbuch 2001 des Instituts für Deutsche Sprache).
- Schapp, Wilhelm (1985): *In Geschichten verstrickt. Zum Sein von Mensch und Ding*. Frankfurt a. M.
- Seibert, Thomas-Michael (1981): *Aktenanalysen. Zur Schriftform juristischer Deutungen*. Tübingen.
- Seibert, Thomas-Michael (2004): *Gerichtsrede. Wirklichkeit und Möglichkeit im forensischen Diskurs*. Berlin.
- Sobota, Katharina (1990): *Sachlichkeit, rhetorische Kunst der Juristen*. Frankfurt a. M./Bern/New York/Paris.

Struck, Gerhard (2002): Fachsprachenerwerb, sprachliche Dressur und versteckte Wertung in der deutschen Juristenausbildung. In: Haß-Zumkehr, Ulrike (Hg.): Sprache und Recht. (= Jahrbuch 2001 des Instituts für Deutsche Sprache. S. 330–342).

4. Abkürzungen

NJW	=	Neue Juristische Wochenschrift
NJOZ	=	Neue Juristische Online-Zeitschrift
OLG-NL	=	OLG-Rechtsprechung Neue Länder
NZI	=	Neue Zeitschrift für das Recht der Insolvenz und Sanierung
NStZ	=	Neue Zeitschrift für Strafrecht